

NJW Praxis 45

# Betäubungsmittelstrafrecht

von  
Dr. Klaus Malek

4. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:  
[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 64925 7

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

# beck-shop.de

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW  
herausgegeben von  
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 45

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Betäubungsmittelstrafrecht

von

Dr. Klaus Malek

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht  
in Freiburg

4., völlig neubearbeitete Auflage 2015



# beck-shop.de

Zitierweise: Malek, Betäubungsmittelstrafrecht, 4. A.

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 64925 7

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim  
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen  
(Adresse wie Verlag)  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 4. Auflage

### I.

Seit Erscheinen der 3. Auflage sind sechs Jahre vergangen. Wie zu erwarten war, ist die Rechtsprechung zum Betäubungsmittelstrafrecht in ruhigeres Fahrwasser geraten. Auch die Legislative hat sich im Kernbereich des Betäubungsmittelstrafrechts zurückgehalten, sieht man einmal von der Kronzeugenregelung des § 46b StGB ab, die durch § 31 Abs. 2 BtMG überwiegend auch ins Betäubungsmittelstrafrecht übernommen worden ist. Neues war dagegen im Strafprozessrecht mit der gesetzlichen Regelung der Verfahrensabsprachen zu vermelden, die gerade im Betäubungsmittelverfahren eine große Rolle spielen. Auf diese Entwicklung konnte in der Voraufgabe nur unter Darstellung der verschiedenen Entwürfe eines Verständigungsgesetzes hingewiesen werden. Das konsensuale Verfahren hat nun die erste Erprobungsphase (mehr schlecht als recht) hinter sich gebracht. Es soll nicht verschwiegen werden, dass die zumindest partielle Ignoranz der Gesetzeslage durch die Verfahrensbeteiligten das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 19.3.2013 auf den Plan gerufen hat, eine Entscheidung, die nichts anderes darstellt als einen (verzweifelten) Aufruf zur Einhaltung des Prozessrechts.

### II.

Im Januar 2011 wurde von einem 19köpfigen Gremium aus hochrangigen Politikern, Geschäftsleuten und Menschenrechtlern, unter ihnen der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana, der ehemalige US-Notenbankchef Paul Volcker, sowie ehemalige Staatsoberhäupter von Brasilien, Kolumbien und Mexiko, die Global Commission on Drug Policy gegründet. Diese unabhängige Kommission hat das erklärte Ziel, Ansätze für eine erkenntnisgestützte und schadensmindernde Drogenpolitik zu erarbeiten und in die öffentliche Diskussion einzubringen. In ihrem ersten Bericht zur Drogenpolitik vom Juni 2011 stellt die Kommission folgendes fest: „Der weltweite Krieg gegen die Drogen ist gescheitert, und dieses Scheitern hat für Menschen und Gesellschaften auf der ganzen Welt verheerende Folgen... Wir wollen der Kriminalisierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen, die Drogen konsumieren, aber anderen keinen Schaden zufügen, ein Ende setzen... Wir wollen einen Wandel der weltweiten Maßnahmen zum Verbot von Drogen einleiten. Statt Drogenpolitik und Drogenstrategien umzusetzen, die von Ideologie und dem geprägt sind, was politisch bequem ist, wollen wir finanziell solide Maßnahmen und Strategien durchführen, die auf Wissenschaft, Gesundheit, Sicherheit und Menschenrechten aufbauen.“ Wie weit ist (auch) die deutsche Drogenpolitik von diesem Ziel entfernt!

Freiburg, im Oktober 2014

*Klaus Malek*

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Aus dem Vorwort zur 3. Auflage

Inhaltlich habe ich die Schwerpunkte noch mehr als bisher auf die praxisrelevanten Teile des Betäubungsmittelstrafrechts einschließlich des Prozessrechts gelegt. Während die 1990er Jahre vom legislativen Eifer (und insbesondere den Strafverschärfungen) im Betäubungsmittelstrafrecht gekennzeichnet waren, ist in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends in dieser Hinsicht eine Phase der Ruhe eingeleitet. Die Strafvorschriften scheinen die vom Gesetzgeber gewünschte Härte (wenngleich auch nicht den erhofften Erfolg) erreicht zu haben.

Freiburg, im Januar 2008

*Klaus Malek*

**beck-shop.de**

## Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 3. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
<b>1. Kapitel. Einleitung</b>	1
A. Die Entwicklung des Betäubungsmittelrechts in Deutschland	1
B. Die gesetzgeberischen Ziele seit dem BtMG 1982	8
<b>2. Kapitel. Die Straftatbestände</b>	11
A. Allgemeines	11
B. Die Vergehenstatbestände des § 29 Abs. 1 S. 1	36
C. Die Verbrechenstatbestände der §§ 29a ff.	128
<b>3. Kapitel. Die Rechtsfolgen der Tat</b>	157
A. Die Strafzwecke	157
B. Die Zumessung der Strafe	157
C. Das Verbot der Doppelverwertung	161
D. Die Bestimmung des Strafrahmens	162
E. Maßregeln und sonstige Nebenfolgen	208
F. Das Absehen von Verfolgung und Strafe bei besonders leichten Fällen (§§ 29 Abs. 5, 31a)	233
G. Die DNA-Analyse nach Abschluss des Strafverfahrens (§ 81g Abs. 4 StPO)	240
<b>4. Kapitel. Die Aufklärungshilfe nach § 31</b>	243
A. Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift	243
B. Der Zweck der Vorschrift	245
C. Einwände gegen den § 31	247
D. Die Voraussetzungen des § 31 Nr. 1	250
E. Die Voraussetzungen des § 31 Nr. 2	264
F. Die Ermessensentscheidung des Gerichts	265
G. Die Aufklärungshilfe nach Rechtskraft des Urteils	269
H. Die Gefahren der Aufklärungshilfe für den Täter	269
<b>5. Kapitel. Das Sonderrecht des betäubungsmittelabhängigen Straftäters</b>	271
A. Allgemeines	271
B. Die Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35	272
C. Die Anrechnung und Strafaussetzung zur Bewährung nach § 36	295
D. Das Absehen von Anklageerhebung und Verurteilung gemäß § 37	303
<b>6. Kapitel. Die Ordnungswidrigkeiten des Betäubungsmittelgesetzes</b>	311
A. Allgemeines	311
B. Die Tatbestände	311
<b>7. Kapitel. Prozessuale Probleme im Betäubungsmittelverfahren</b>	317
A. Allgemeines	317
B. Verdeckte Ermittlungsmethoden	317
C. Strafprozessuale Vereinbarungen	376
<b>Sachregister</b>	383

**beck-shop.de**

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Kapitel. Einleitung</b> .....	1
<b>A. Die Entwicklung des Betäubungsmittelrechts in Deutschland</b> .....	1
<b>B. Die gesetzgeberischen Ziele seit dem BtMG 1982</b> .....	8
<b>2. Kapitel. Die Straftatbestände</b> .....	11
<b>A. Allgemeines</b> .....	11
I. Vorbemerkung .....	11
II. Der Zweck der Strafvorschriften .....	11
III. Die Betäubungsmittel .....	12
1. Das Gesetz und seine Anlagen .....	12
2. Der Begriff der Droge .....	15
3. Die wichtigsten Betäubungsmittel .....	15
IV. Die Erlaubnis nach § 3 Abs. 1 .....	24
1. Die Erlaubnispflicht .....	24
2. Irrtumsfragen .....	26
3. Die Ausnahmen von der Erlaubnispflicht .....	27
4. Der Geltungsbereich der Erlaubnis .....	28
V. Der persönliche Geltungsbereich .....	28
VI. Der Tatort .....	29
1. Das Weltrechtsprinzip .....	29
2. Das Weltrechtsprinzip und die kriminelle Vereinigung .....	30
3. Die Auslandstaten außerhalb des Weltrechtsprinzips .....	31
4. Der Grundsatz der Spezialität .....	31
5. Das Verbot der Doppelbestrafung .....	32
VII. Der Zeitpunkt der Tat .....	35
VIII. Die Verjährung der Tat .....	36
<b>B. Die Vergehenstatbestände des § 29 Abs. 1 S. 1</b> .....	36
I. Das Handeltreiben (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	36
1. Der objektive Tatbestand .....	36
2. Der subjektive Tatbestand .....	41
3. Die Bewertungseinheit beim Handeltreiben .....	45
4. Vorbereitungshandlung und Versuch .....	55
5. Vollendung und Beendigung .....	57
6. Täterschaft und Teilnahme .....	59
7. Konkurrenzen .....	65
II. Die Einfuhr (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	69
1. Das geschützte Rechtsgut .....	69
2. Der objektive Tatbestand .....	69
3. Die Erlaubnispflicht .....	72
4. Der subjektive Tatbestand .....	72
5. Vorbereitungshandlung und Versuch .....	74
6. Vollendung und Beendigung .....	75
7. Täterschaft und Teilnahme .....	78
8. Konkurrenzen .....	82
III. Die Ausfuhr (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	83
IV. Die Durchfuhr (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 5) .....	84
1. Der objektive Tatbestand .....	84
2. Der subjektive Tatbestand .....	86
3. Konkurrenzen .....	86

V. Der Besitz (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 3)	86
1. Entstehungsgeschichte und Zweck der Strafvorschrift	86
2. Der objektive Tatbestand	87
3. Der subjektive Tatbestand	89
4. Der Versuch	91
5. Täterschaft und Teilnahme	91
6. Konkurrenzen	92
VI. Der Anbau (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	93
1. Der Zweck der Vorschrift	93
2. Der objektive Tatbestand	93
3. Der subjektive Tatbestand	94
4. Vorbereitungshandlung, Versuch, Vollendung, Beendigung, Teilnahme	94
5. Konkurrenzen	94
VII. Die Herstellung (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	95
1. Der objektive Tatbestand	95
2. Der subjektive Tatbestand	96
3. Vorbereitungshandlung, Versuch, Vollendung und Beendigung	96
4. Täterschaft und Teilnahme	97
5. Konkurrenzen	97
VIII. Das Veräußern (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	97
1. Der objektiver Tatbestand	97
2. Der subjektive Tatbestand	98
3. Vorbereitungshandlung, Versuch, Vollendung und Beendigung	98
4. Konkurrenzen	98
IX. Die Abgabe (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	99
1. Der objektive Tatbestand	99
2. Der subjektive Tatbestand	99
3. Vorbereitungshandlung, Versuch, Vollendung und Beendigung, Täterschaft und Teilnahme	100
4. Konkurrenzen	100
X. Das sonstige Inverkehrbringen (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	101
1. Der objektive Tatbestand	101
2. Der subjektive Tatbestand	101
3. Konkurrenzen	102
XI. Der Erwerb (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	102
1. Der objektive Tatbestand	102
2. Der subjektive Tatbestand	104
3. Vorbereitungshandlung, Versuch, Vollendung und Beendigung	104
4. Täterschaft und Teilnahme	105
5. Konkurrenzen	105
XII. Das Sichverschaffen in sonstiger Weise (§ 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 1)	106
1. Der Zweck der Vorschrift	106
2. Der objektive Tatbestand	106
3. Der subjektive Tatbestand	106
4. Vorbereitungshandlung, Versuch, Vollendung und Beendigung	107
5. Täterschaft und Teilnahme	107
6. Konkurrenzen	107
XIII. Das Bereitstellen von Geldmitteln und anderen Vermögenswerten (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 13)	107
1. Der Zweck der Vorschrift	107
2. Der objektive Tatbestand	107
3. Der subjektive Tatbestand	108
4. Konkurrenzen	108
XIV. Die missbräuchliche Verschreibung, Verabreichung und Verbrauchsüberlassung (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 6)	109
1. Der Zweck der Vorschrift	109
2. Der objektive Tatbestand	110
3. Die begründete Anwendung	112
4. Der subjektive Tatbestand	114

5. Konkurrenzen	115
6. Das Berufsverbot	116
XV. Unerlaubtes Überlassen an Palliativpatienten (§ 29 Abs. 1 Nr. 6a)	116
XVI. Die missbräuchliche Abgabe in Apotheken (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 7a)	117
1. Der Zweck der Vorschrift	117
2. Der objektive Tatbestand	117
3. Der subjektive Tatbestand	118
4. Konkurrenzen	118
5. Das Berufsverbot	119
XVII. Die verbotene Abgabe von Diamorphin (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 7b)	119
1. Zweck und Anwendungsbereich der Vorschrift	119
2. Der objektive Tatbestand	119
3. Der subjektive Tatbestand	119
XVIII. Die verbotene Werbung (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 8)	119
1. Zweck und Anwendungsbereich der Vorschrift	119
2. Der objektive Tatbestand	120
3. Der subjektive Tatbestand	120
4. Konkurrenzen	120
XIX. Das Erschleichen von Verschreibungen (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 9)	120
1. Der objektive Tatbestand	120
2. Der subjektive Tatbestand	121
3. Konkurrenzen	121
XX. Verschaffung und Gewährung der Gelegenheit zum unbefugten Erwerb oder zur unbefugten Abgabe; Verleitung zum unbefugten Verbrauch; eigennützige oder öffentliche Mitteilung einer Gelegenheit (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 10)	122
1. Der Zweck der Vorschrift	122
2. Der objektive Tatbestand	122
3. Der subjektive Tatbestand	123
4. Konkurrenzen	124
XXI. Das Verschaffen oder Gewähren einer Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch ohne Erlaubnis nach § 10a; eigennützige oder öffentliche Mitteilung einer Gelegenheit zu solchem Verbrauch (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 11)	124
1. Der Zweck und die Systematik der Vorschrift	124
2. Der objektive Tatbestand	124
3. Der subjektive Tatbestand	125
4. Konkurrenzen	125
XXII. Der Verstoß gegen Strafvorschriften in Rechtsverordnungen (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 14)	125
XXIII. Handeltreiben mit, Abgabe und Veräußern von Pseudodrogen (§ 29 Abs. 6)	125
1. Der Zweck der Vorschrift	125
2. Die Rechtsnatur der Vorschrift	126
3. Der objektive Tatbestand	126
4. Der subjektive Tatbestand	126
5. Konkurrenzen	128
<b>C. Die Verbrechenstatbestände der §§ 29a ff.</b>	128
I. Zur Entstehungsgeschichte und zum Zweck der §§ 29a ff.	128
II. Die Betäubungsmittelabgabe von Erwachsenen an Jugendliche (§ 29a Abs. 1 Nr. 1)	129
1. Der Grundtatbestand des § 29a Abs. 1 Nr. 1	129
2. Die Strafschärfung bei Gewerbsmäßigkeit gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 1 iVm § 30 Abs. 1 Nr. 2	130
III. Handeltreiben mit, Herstellung, Abgabe und Besitz von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (§ 29a Abs. 1 Nr. 2)	131
1. Zweck und Rechtsnatur der Vorschrift des § 29a Abs. 1 Nr. 2	131
2. Die Dreiteilung des Mengenbegriffs	132
3. Die nicht geringe Menge einzelner Betäubungsmittel	132
4. Die nicht geringe Menge bei mehreren unterschiedlichen Betäubungsmitteln	135
5. Die Feststellungen zum Wirkstoffgehalt	136
6. Die Tathandlungen	137

7. Die Vorsatz- und Irrtumsfragen	139
8. Mittäterschaft und Beihilfe	140
IV. Der Bandenhandel (§ 30 Abs. 1 Nr. 1)	140
V. Die gewerbsmäßige Abgabe an Jugendliche (§§ 30 Abs. 1 Nr. 2 iVm § 29a Abs. 1 Nr. 1)	141
VI. Die Abgabe, das Verabreichen, das Überlassen von Betäubungsmitteln zum unmittelbaren Verbrauch und die leichtfertige Verursachung des Todes (§ 30 Abs. 1 Nr. 3)	141
1. Der Zweck der Vorschrift	141
2. Die Tat und die Ursächlichkeit für den Todeseintritt	142
3. Konkurrenzen	144
VII. Die Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4)	144
1. Der Tatbestand	144
2. Konkurrenzen	145
VIII. Bandendelikte mit nicht geringer Menge (§ 30a Abs. 1)	146
IX. Die Veranlassung Minderjähriger durch Erwachsene zum Umgang mit Betäubungsmitteln (§ 30a Abs. 2 Nr. 1)	150
1. Entstehungsgeschichte und Zweck der Vorschrift	150
2. Der objektive Tatbestand	150
3. Der subjektive Tatbestand	151
4. Konkurrenzen	151
X. Der Umgang mit Betäubungsmitteln unter Mitführen von Waffen (§ 30a Abs. 2 Nr. 2)	151
1. Entstehungsgeschichte und Zweck der Vorschrift	151
2. Der objektive Tatbestand	152
3. Der subjektive Tatbestand	155
4. Konkurrenzen	156
<b>3. Kapitel. Die Rechtsfolgen der Tat</b>	<b>157</b>
<b>A. Die Strafzwecke</b>	<b>157</b>
<b>B. Die Zumessung der Strafe</b>	<b>157</b>
I. Die Ganzheitsbetrachtung	157
II. Die Strafzumessungstatsachen	161
<b>C. Das Verbot der Doppelverwertung</b>	<b>161</b>
<b>D. Die Bestimmung des Strafrahmens</b>	<b>162</b>
I. Die Strafrahmen des BtMG	162
II. Die Verschiebung des Strafrahmens außerhalb des BtMG	163
III. Die besonders schweren Fälle des § 29 Abs. 3	163
1. Allgemeines	163
2. Die Regelbeispieltechnik	165
3. Besonders schwere Fälle als benannte Regelbeispiele	166
IV. Minder schwere Fälle	168
1. Allgemeines	168
2. Die gesetzlich vertypen Milderungsgründe	169
3. Die gesetzlich nicht vertypen Milderungsgründe	183
V. Die Strafzumessung im engeren Sinne	190
1. Allgemeines	190
2. Das Maß der Pflichtwidrigkeit, die Art der Tatausführung, die Auswirkungen der Tat	190
3. Die wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Umstände des Täters	196
4. Die Therapiebereitschaft	198
5. Die Ausländereigenschaft	198
6. Vorverurteilungen, ausgeschiedene Verfahrensteile, weitere Straftaten	199
7. Das Nachtatverhalten und das Prozessverhalten	200
8. Verfahrensfehler, Verfahrensdauer	202

9. Die Nebenstrafen und Maßregeln und ihre Bedeutung für die Strafzumessung	203
10. Die Gesamtstrafenbildung	203
VII. Die Strafaussetzung zur Bewährung	204
1. Allgemeines	204
2. Die Voraussetzungen des § 56 Abs. 1 StGB	205
3. Die Voraussetzungen des § 56 Abs. 2 StGB	206
4. Die nicht bewährungsfähigen Freiheitsstrafen	208
<b>E. Maßregeln und sonstige Nebenfolgen</b>	208
I. Die Unterbringungsanordnung	208
1. Wesen und Zweck der Unterbringung	208
2. Die Voraussetzungen der Anordnung	209
3. Die Unterbringung nach Landesrecht	213
II. Sicherungsverwahrung und Führungsaufsicht	214
III. Die Entziehung der Fahrerlaubnis	214
1. Die Entziehung durch den Strafrichter nach § 69 StGB	214
2. Die Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Verwaltungsbehörde	216
IV. Das Fahrverbot	219
V. Das Berufsverbot	220
VI. Einziehung und Verfall	221
1. Vorbemerkung	221
2. Die Einziehung nach § 33 Abs. 2	222
3. Die Einziehung nach §§ 74 ff. StGB	222
4. Die Einziehung des Wertersatzes gemäß § 74c StGB	225
5. Die Anordnung des Verfalls (§ 73 StGB), des Verfalls von Wertersatz (§ 73a StGB) und des erweiterten Verfalls (§ 73d StGB)	226
VII. Der Betäubungsmittelstraftäter in der Strafvollstreckung	229
1. Die Aussetzung des Strafrestes bei zeitiger Freiheitsstrafe	229
2. Das Absehen von Vollstreckung bei Auslieferung und Ausweisung	231
3. Das Absehen von der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe	232
VIII. Die Aussetzung des Strafrests im Gnadenverfahren	232
<b>F. Das Absehen von Verfolgung und Strafe bei besonders leichten Fällen (§§ 29 Abs. 5, 31a)</b>	233
I. Der Zweck der Vorschriften	233
II. Das Absehen von der Verfolgung gemäß § 31a Abs. 1 S. 1	234
1. Die Voraussetzungen	234
2. Die Einstellungsentscheidung	236
III. Das Absehen von der Verfolgung gemäß § 31a Abs. 1 S. 2	236
1. Die Voraussetzungen	236
2. Die Einstellungsentscheidung	237
IV. Das Absehen von Strafe gemäß § 29 Abs. 5	237
1. Die Voraussetzungen	237
2. Die Ermessensentscheidung	239
3. Die Anfechtbarkeit der Entscheidung	240
<b>G. Die DNA-Analyse nach Abschluss des Strafverfahrens (§ 81g Abs. 4 StPO)</b>	240
I. Die gesetzliche Regelung	240
II. Die Anwendbarkeit bei Betäubungsmittelstraftaten	241
<b>4. Kapitel. Die Aufklärungshilfe nach § 31</b>	243
A. Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift	243
B. Der Zweck der Vorschrift	245
C. Einwände gegen den § 31	247
D. Die Voraussetzungen des § 31 Nr. 1	250
I. Die Aufdeckung begangener Straftaten	250
II. Die Wissensoffenbarung	253
1. Der Adressat der Offenbarung	253

2. Die Freiwilligkeit der Offenbarung	253
3. Der Umfang der Offenbarung	254
4. Der Zeitpunkt der Offenbarung	256
III. Die Überzeugungsbildung vom Aufklärungserfolg	257
1. Der Aufklärungserfolg	260
2. Die Wesentlichkeit des Aufklärungsbeitrags	261
3. Die Anwendbarkeit des § 31 bei Wechsel im Aussageverhalten	262
4. Die Anwendbarkeit bei mehreren selbstständigen Taten	263
<b>E. Die Voraussetzungen des § 31 Nr. 2</b>	264
I. Die Aufdeckung geplanter Straftaten	264
II. Die Wissensoffenbarung	264
<b>F. Die Ermessensentscheidung des Gerichts</b>	265
I. Die Zuständigkeit	265
II. Die Strafmilderung	265
III. Das Absehen von Strafe	268
IV. Das Verhältnis des § 31 zu § 56 StGB	268
<b>G. Die Aufklärungshilfe nach Rechtskraft des Urteils</b>	269
<b>H. Die Gefahren der Aufklärungshilfe für den Täter</b>	269
<b>5. Kapitel. Das Sonderrecht des betäubungsmittelabhängigen Straftäters</b>	271
<b>A. Allgemeines</b>	271
I. Strafe und Therapie	271
II. § 35 und der Gleichheitsgrundsatz	272
<b>B. Die Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35</b>	272
I. Zweck und Reichweite der Vorschrift	272
II. Die Voraussetzungen der Zurückstellung	273
1. Die rechtskräftige Verurteilung	273
2. Die Straftat	273
3. Die zurückstellungsfähige Rechtsfolge	274
4. Die Betäubungsmittelabhängigkeit	275
5. Die Kausalität zwischen Betäubungsmittelabhängigkeit und Straftat	277
6. Die Rehabilitationsbehandlung	278
III. Das Zurückstellungsverfahren	283
1. Der Antrag des Verurteilten	283
2. Die Zustimmung des Gerichts	284
3. Die Zuständigkeit für die Zurückstellungsentscheidung	284
IV. Die Zurückstellungsentscheidung	285
1. Die Zurückstellungskriterien	285
2. Zeitpunkt und Dauer der Zurückstellung	286
3. Pflichten aus der Zurückstellung	286
V. Die Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft und des Verurteilten	288
1. Rechtsmittel gegen die Verweigerung der Zustimmung des Gerichts	288
2. Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Zurückstellung	288
VI. Die Vollstreckungszurückstellung im Verhältnis zur Strafaussetzung zur Bewährung (§ 56 StGB, § 21 JGG) und zur Unterbringungsanordnung (§ 64 StGB)	289
1. Die Voraussetzungen der Strafaussetzung zur Bewährung	289
2. Der Vorrang der Strafaussetzung zur Bewährung	291
3. Die Voraussetzungen der Unterbringungsanordnung	291
4. Die Unterbringungsanordnung und § 35	292
VII. Der Widerruf der Zurückstellung nach § 35 Abs. 5, 6	292
1. Die Widerrufsgründe	292
2. Das Absehen vom Widerruf	294
3. Die erneute Zurückstellung	294
4. Der Vollstreckungshaftbefehl nach Widerrufsentscheidung	294
5. Rechtsmittel des Verurteilten gegen die Widerrufsentscheidung	295
VIII. Analoge Anwendung auf Jugendliche und Heranwachsende	295

<b>C. Die Anrechnung und Strafaussetzung zur Bewährung nach § 36</b> .....	295
I. Der Zweck der Regelung .....	295
II. Die Systematik der Vorschrift .....	296
III. Die obligatorische Anrechnung .....	296
1. Voraussetzungen .....	296
2. Der Anrechnungsmodus .....	298
3. Die Reststrafenaussetzung .....	298
IV. Die fakultative Anrechnung .....	300
1. Voraussetzungen .....	300
2. Der Anrechnungsmodus .....	301
V. Die Strafaussetzung ohne Anrechnung .....	301
1. Voraussetzungen .....	301
2. Die Rechtsfolge .....	301
VI. Zuständigkeit und Verfahren .....	302
VII. Die Rechtsmittel .....	302
VIII. Analoge Anwendung auf Jugendliche und Heranwachsende .....	302
<b>D. Das Absehen von Anklageerhebung und Verurteilung gemäß § 37</b> .....	303
I. Allgemeines .....	303
II. Zweck und Bedeutung der Vorschrift .....	303
III. Das Absehen von der Anklageerhebung .....	304
IV. Die vorläufige Einstellung nach Anklageerhebung .....	305
V. Die Rechtsmittel .....	306
VI. Die Fortsetzung des Verfahrens .....	306
1. Die Fortsetzungsgründe .....	306
2. Das Absehen von der Verfahrensfortsetzung .....	308
3. Die erneute vorläufige Einstellung .....	308
VII. Die endgültige Einstellung des Verfahrens .....	308
VIII. Analoge Anwendung auf Jugendliche und Heranwachsende .....	309
<b>6. Kapitel. Die Ordnungswidrigkeiten des Betäubungsmittelgesetzes</b> .....	311
<b>A. Allgemeines</b> .....	311
<b>B. Die Tatbestände</b> .....	311
I. Verletzung der Anzeigepflicht .....	311
II. Unrichtige Angaben oder Unterlagen .....	312
III. Unrichtige, unvollständige oder verspätete Änderungsmitteilungen .....	312
IV. Zuwiderhandlung gegen vollziehbare Auflagen .....	312
V. Ein- und Ausfuhr ohne Einzelgenehmigung .....	313
VI. Verstoß gegen Rechtsverordnungen .....	313
VII. Verstoß gegen Abgabevorschriften .....	313
VIII. Unterlassene oder fehlerhafte Anfrage des Arztes bei Palliativpatienten .....	313
IX. Unterlassene oder fehlerhafte Aufzeichnung des Arztes oder Apothekers bei Palliativpatienten .....	314
X. Verletzung der Kennzeichnungspflicht .....	314
XI. Zuwiderhandlung gegen vollziehbare Anordnungen .....	314
XII. Unterlassene oder vorschriftswidrige Vernichtung .....	314
XIII. Verstoß gegen Aufzeichnungspflichten .....	315
XIV. Verstoß gegen Meldepflichten .....	315
XV. Verstoß gegen Duldungs- und Mitwirkungspflichten .....	315
XVI. Verstoß gegen Meldepflicht beim Anbau von Nutzhanf .....	315
XVII. Verstoß gegen Weltpostverträge .....	316
<b>7. Kapitel. Prozessuale Probleme im Betäubungsmittelverfahren</b> .....	317
<b>A. Allgemeines</b> .....	317
<b>B. Verdeckte Ermittlungsmethoden</b> .....	317
I. Grundsätzliches zur Heimlichkeit staatlichen Handelns .....	317
II. Die verdeckten Ermittlungsmethoden im Einzelnen .....	319
1. Der Einsatz von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern .....	319

2. Gesetzlich geregelter Spezialfall: Einsatz Verdeckter Ermittler gemäß §§ 110a ff. StPO	330
3. Die Einführung der Kenntnisse des Verdeckten Ermittlers und des V-Mannes in die Hauptverhandlung	337
4. Strafbares Verhalten des V-Manns und des Verdeckten Ermittlers	358
II. Die Überwachung der Telekommunikation (§ 100a StPO)	361
1. Allgemeines	361
2. Umfang und Grenzen des Grundrechtsschutzes	361
3. Begriff und Inhalt der Telekommunikation	362
4. Die Voraussetzungen der Anordnung	363
5. Die Betroffenen	365
6. Zuständigkeit und Verfahren	365
7. Die Einführung der Erkenntnisse in die Hauptverhandlung	366
8. Die Grenzen der Verwertbarkeit gewonnener Erkenntnisse	366
9. Die Wirkung der Unverwertbarkeit gewonnener Erkenntnisse	368
III. Anordnung der Auskunft über Telekommunikationsverbindungen (§ 100g StPO)	369
1. Allgemeines	369
2. Die Eingriffsvoraussetzungen	369
3. Ziel des Auskunftsanspruchs: Verkehrsdaten	369
4. Der Adressat der Anordnung	369
5. Zuständigkeit	370
6. Der Inhalt der Anordnung	370
7. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote	370
IV. Der Einsatz des „IMSI-Catchers“ (§ 100i StPO)	370
V. Die Bestandsdatenauskunft (§ 100j StPO)	370
VI. Die Postbeschlagnahme	371
1. Der Zweck der Postbeschlagnahme	371
2. Die Voraussetzungen der Postbeschlagnahme	371
3. Zuständigkeit und Verfahren	372
VII. Die Wohnraumüberwachung (§ 100e StPO)	372
VIII. Der Einsatz technischer Mittel (§§ 100f, 100h StPO)	373
1. Regelungsinhalt der §§ 100f, 100h StPO	373
2. Anordnungsvoraussetzungen	374
4. Anordnungszuständigkeiten, Inhalt der Anordnung	375
5. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote bei akustischer Wohnraumüberwachung	376
<b>C. Strafprozessuale Vereinbarungen</b>	376
I. Allgemeines	376
II. Die Zulässigkeit von Verfahrensabsprachen	377
III. Absprachen in der Rechtsprechung bis zum Verständigungsgesetz	377
IV. Das Verständigungsgesetz	379
1. Der wesentliche Inhalt des Verständigungsgesetzes	379
2. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19.3.2013	380
<b>Sachregister</b>	383